

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	35
A. Gegenstand und Ziel der Arbeit .....	35
B. Aufbau der Arbeit .....	40
 <i>1. Teil</i>	
<b>Kriminalitätsbekämpfung – Gefahrenabwehr, Strafverfolgung oder Aufgabenhybrid?</b>	42
 1. Abschnitt	
<b>Kriminalitätsbekämpfung aus der Sicht der Sicherheitspolitik</b>	43
A. Programm für die Innere Sicherheit von 1972/1974 .....	43
I. Ursprungsfassung 1972 .....	43
II. Fortschreibung 1994 .....	44
III. Fortschreibung 2008/2009 .....	44
B. Mustergesetzgebung .....	47
I. Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (MEPolG) .....	47
II. Alternativentwurf einheitlicher Polizeigesetze des Bundes und der Länder (AEPolG) .....	49
III. Vorentwurf zur Änderung des Musterentwurfs eines einheitlichen Polizeigeset- zes (VEMEPolG) .....	50
 2. Abschnitt	
<b>Kriminalitätsbekämpfung aus der Sicht der Kriminalwissenschaften</b>	52
A. Straf- und Strafverfahrensrecht: Strafverfolgung als mittelbare Kriminalitätsbekämp- fung .....	52
I. Kriminalität als Begriff und Gegenstand .....	52
II. Bekämpfung als Funktion .....	52
B. Kriminologie: Kriminalitätsbekämpfung als Kriminalprävention .....	74
I. Erklärung der Kriminalität .....	74
II. Neue Qualität der Kriminalprävention .....	75
C. Kriminalistik: Kriminalitätsbekämpfung als vorverlagerte Strafverfolgung .....	76
I. Klassische Kriminalistik .....	76

II.	Stellenwert der Prävention .....	77
III.	Erweiterung des Blickfeldes auf kriminelle Strukturen .....	78
IV.	Vorverlagerung der Strafverfolgung .....	79
 3. Abschnitt		
<b>Kriminalitätsbekämpfung aus der Sicht des Polizeirechts</b>		81
A.	Gefahrenabwehr als unmittelbare Kriminalitätsbekämpfung .....	81
I.	§ 2 II 17 PrALR und Nachfolgeregelungen .....	81
II.	Verhütung von Straftaten als vorbeugende Bekämpfung im Reichskriminalpolizeigesetz von 1922 .....	82
III.	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung im Nationalsozialismus .....	83
IV.	Beibehaltung des Verhütungsauftrags durch Instruktionen und Verordnungen der westlichen Alliierten 1945–1949 .....	88
V.	Verhinderung von Straftaten als Bestandteil des polizeilichen Auftrags zur Gefahrenabwehr in den Aufgabenzuweisungen der Landespolizeigesetze seit 1949	89
VI.	Erste Regelungen zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten und von Überwachungsbefugnissen im MEPolG 1977 .....	90
VII.	Erweiterung des polizeilichen Auftrags zur Gefahrenabwehr um die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten in den Landespolizeigesetzen nach Maßgabe des VEMEPolG .....	90
VIII.	Entwicklung der Polizeigesetze nach dem 11.9.2001 .....	92
B.	Dogmatische Entwicklung des Polizeirechts .....	95
I.	Vorbeugende Rechtspflege als vorbeugende Bekämpfung von Straftaten .....	95
II.	Verhinderung strafbarer Handlungen durch Polizeigewalt .....	98
III.	Polizeiliche Freiheitsentziehung zur Verhinderung von Straftaten .....	99
IV.	Verhütung von Straftaten als gesellschaftssanitäre Aufgabe der Polizei .....	100
V.	Präventive Wende zur operativen Kriminalitätsbekämpfung .....	102
VI.	Ruf nach dem Präventionsstaat .....	102
VII.	Restriktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu polizeirechtlichen Vorfeldmaßnahmen .....	103
VIII.	Sicherheitsrecht als neues Rechtsgebiet .....	106
 2. Teil		
<b>Vorgaben für die Kriminalitätsbekämpfung</b>		113
 1. Abschnitt		
<b>Völkerrecht</b>		113
A.	Begriff und Bedeutung .....	113
I.	Klassisches Völkerrecht .....	113
II.	Entstehung eines transnationalen Sicherheitsrechts .....	114

B. Völkerrecht und Terrorismusbekämpfung .....	114
I.    Das Gewaltverbot und seine Ausnahmen .....	114
II.    Maßnahmen der UN .....	118
III.    Exekutive Umsetzung in Sanktionsmaßnahmen .....	120
IV.    Weitere Abkommen auf internationaler Ebene .....	120
C. Völkerrecht und organisierte Kriminalität .....	121

## 2. Abschnitt

### **Recht der Europäischen Union** 121

A. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als Zielsetzung .....	122
B. Kompetenzen zur Kriminalitätsbekämpfung .....	123
I.    Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität nach Art. 67 Abs. 3 AEUV .....	123
II.    Polizeiliche Zusammenarbeit nach Art. 87 AEUV .....	124
III.    Institutionelle Ebene der Zusammenarbeit .....	127
IV.    Ergänzende Aufgaben .....	129
V.    Art. 4 Abs. 2 S. 2 und 3 EUV und Art. 72 AEUV als Kompetenzgrenzen .....	130
C. Rahmenbeschlüsse und Richtlinien .....	131
I.    Terrorismus .....	131
II.    Organisierte Kriminalität .....	132

## 3. Abschnitt

### **Grundgesetz** 132

A. Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit .....	132
I.    Staatstheoretische und verfassungsrechtliche Perspektive .....	132
II.    Freiheit und Sicherheit im Grundgesetz .....	134
B. Sicherheitsverfassungsrechtliche Trennungen .....	143
I.    Polizei und Bundeswehr .....	143
II.    Polizei und Verfassungsschutz .....	145
III.    Landespolizei und Bundespolizei .....	148
IV.    Gefahrenabwehr und Strafverfolgung .....	150
C. Bundesstaatliche Kompetenzordnung .....	154
I.    Bezüge zu Demokratie und Rechtsstaat .....	154
II.    Staatlichkeit der Länder .....	155
III.    Kommunale Selbstverwaltung .....	156
IV.    Verteilung der sicherheitsrelevanten Kompetenzen .....	156
D. Rechtsstaatliche Vorgaben .....	198
I.    Inhalt und Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips .....	198
II.    Einzelgehalte des Rechtsstaatsprinzips .....	199

## 4. Abschnitt

<b>Gefahrenabwehr und Strafverfolgung als polizeiliche Aufgaben</b>	228
A. Prävention und Repression – Entwicklung, Bedeutung und Wandel der Begriffe	228
I. Herkunft und allgemeiner Sprachgebrauch	228
II. Strafrecht und Polizeirecht	229
B. Gesetzliche Grundlagen	231
I. Strafverfolgung	232
II. Gefahrenabwehr	249
C. Aufgabenwahrnehmung	285
I. Polizei als Behörde mit zwei nebeneinander stehenden Aufgaben	285
II. Verbundene Aufgabenwahrnehmung bei Überschneidungen	286
III. Polizeiliche Maßnahmen im Überschneigungsbereich	295
D. Abgrenzungen	314
I. Polizei und Staatsanwaltschaft	314
II. Polizei und kommunale Behörden	317
III. Polizei und Bundeswehr	322
IV. Polizei und Nachrichtendienste	324
E. Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	329
I. Regelungen des Grundgesetzes für Krisenzeiten	330
II. Bekämpfungsmöglichkeiten	331

## 3. Teil

**Operative polizeigesetzliche Kriminalitätsbekämpfung** 345

## 1. Abschnitt

<b>Dogmatische Einordnung</b>	345
A. Polizeirecht im Übergang	345
I. Vorbemerkungen	345
II. Entwicklungsschritte	346
B. Neue dogmatische Struktur	355

## 2. Abschnitt

<b>Konkretisierung der verfassungsrechtlichen Vorgaben</b>	356
A. Vorlauf und Vorrang des Polizeirechts	356
I. Informationelle Vorfeldmaßnahmen	356
II. Aktionelle polizeigesetzliche Maßnahmen statt Bekämpfungsstrafrecht	357
B. Zweckfestlegung bei Aufgabenüberschneidungen	359

Inhaltsübersicht	13
3. Abschnitt	
<b>Verhinderung und Verhütung von Straftaten als Kriminalitätsbekämpfung</b>	360
A. Grundlagen . . . . .	360
I. Operative Qualität . . . . .	360
II. Operatives Vorgehen . . . . .	361
B. Verhinderung und Unterbindung von Straftaten . . . . .	375
I. Relevante Delikte und Deliktsfelder . . . . .	375
II. Bekämpfungsmöglichkeiten in typischen polizeilichen Einsatzlagen . . . . .	378
C. Verhütung von Straftaten in kriminellen Strukturen . . . . .	397
I. Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Cybercrime als besondere Herausforderungen . . . . .	397
II. Terrorismus . . . . .	399
III. Organisierte Kriminalität . . . . .	407
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b> . . . . .	414
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	429
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	464